

Von Grundrechten und vom Küssen

Corona und die Folgen: Besichtigung eines Desasters

Hubert Brieden

0. Intro: Infektionsschutzgesetz

Ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Fraktionen der Linken und der AFD verabschiedete der Bundestag am 25. März 2020 das „*Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite*“ mit dem im Grundgesetz verankerte Grundrechte eingeschränkt werden. In § 28 sind einige genannt: „*Die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 des Grundgesetzes), der Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) (...)*“.

Durch §5 des neu gefassten Epidemieschutzgesetzes werden aber noch weitere Grundrechte eingeschränkt: das in Artikel 12 des Grundgesetzes festgelegte Recht, Beruf und Arbeit frei wählen zu können wurde für das Personal im Gesundheitswesen eingeschränkt, ferner – wie in §5, Absatz 8 festgelegt – das Grundrecht auf körperlichen Unversehrtheit laut Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Verändert wurde auch die Verfasstheit der Bundesrepublik, in dem die Rechte der Bundesländer in bestimmten Bereichen beschnitten und die des Bundes gestärkt wurden. Außerdem kann in Unternehmensrechte eingegriffen werden.

Die Voraussetzung – nämlich die Erklärung einer „*epidemischen Lage von nationaler Tragweite*“ durch den Bundestag war gegeben. Die unter §5 Absatz 2 Infektionsschutzgesetz getroffenen Einschränkungen können wieder aufgehoben werden, wenn der Bundestag feststellt, dass die Voraussetzungen für das Gesetz – nämlich die „*epidemische Lage von nationaler Tragweite*“ nicht mehr vorliegen. Falls das nicht geschieht, soll dieser Teil des Gesetzes am 31. März 2021 aufgehoben werden. Es sei denn die epidemische Gefährdungslage besteht fort und der Bundestag

stellt dies fest oder kann dies feststellen. Der Bundesgesundheitsminister strebt die Verlängerung an.

Wie sich bald zeigen sollte, wurde auch die in Artikel 4 des Grundgesetzes festgelegte Religionsfreiheit eingeschränkt. Und in Altenheimen wurde Artikel 2 Absatz 1 eingeschränkt bzw. abgeschafft, in dem es heißt „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Und auch Artikel 1 des Grundgesetzes spielte in vielen Altenheimen keine Rolle mehr. Er sei hier vollständig zitiert, weil er das Verhältnis zwischen Menschenrechten, Grundrechten, staatlicher Gewalt und Gesetzgebung definiert: Absatz 1: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“* Absatz 2: *„Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“* Absatz 3: *„Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“* Also: Die Grundrechte sind jeglicher Gesetzgebung übergeordnet und binden sie.

Am 27. März wurde das Epidemieschutzgesetz durch den Bundespräsidenten, die Kanzlerin, den Bundesminister für Gesundheit und den für Verkehr und digitale Infrastruktur ausgefertigt und trat kurz darauf in Kraft.

Der Bundestag war also die Instanz, welche die *„epidemische Lage von nationaler Tragweite“* und damit alle Restriktionen wieder aufheben konnte. Am 4. April wurde bekannt, dass Bundestagspräsident Schäuble (CDU) vorgeschlagen hatte, das Grundgesetz zu ändern, um ein „Notparlament“ mit 48 Mitgliedern zu schaffen, wie es im „Verteidigungsfall“ möglich ist. *„Als Sofortmaßnahme war bereits das Quorum für die Beschlussfähigkeit des Parlaments von 50 auf 25 Prozent der Abgeordneten gesenkt worden.“* Die Bundestagsparteien lehnten Schäubles Vorstoß ab, der weiter vorgeschlagen hatte, *„Bundestagsplenarsitzungen nur noch virtuell abzuhalten“*.¹

¹ Corona-Epidemie: Das CILIP-Tagebuch, in: Bürgerrechte & Polizei, Cilip 122, Berlin Mai 2020, S. 45

Wie war es möglich geworden, dass durch ein einfaches Gesetz die Grundrechte eingeschränkt oder abgeschafft werden konnten? Wie war es möglich, dass keine Partei im Bundestag dagegen stimmte, die Grundrechte zu beschränken? Wie war es möglich, dass dieser Paradigmenwechsel kaum öffentlich kritisiert wurde? Was war geschehen?

Um die Jahreswende 2019/20 tauchte wie aus dem Nichts zunächst in Südchina, dann – nicht zuletzt auf Grund der engen wirtschaftlichen Verbindungen – in Norditalien ein neuartiges hoch ansteckendes Virus auf, das sich in kürzester Zeit um die ganze Welt verbreitete und das bald unter dem Namen SARS-CoV-2 bekannt wurde, abgekürzt einfach Covid19 und umgangssprachlich Coronavirus. Bilder und Berichte von unbeschreiblichen Zuständen auf Intensivstationen norditalienischer Krankenhäuser, von Dahinsiechenden und Sterbenden gingen um die Welt. Vermittelt wurde der Eindruck einer unvorhersehbar hereinbrechenden Naturkatastrophe, gegen die nur Notstandsmaßnahmen helfen konnten.

A. Geschichte bis 2020

1.) Das Virus: Entstehung und Verbreitung

Für manche Virologen, Biologen, Epidemiologen, Mediziner und Sozialwissenschaftler kam das Covid-19-Virus nicht sonderlich überraschend. Denn bereits Ende der 1990er Jahre war aufgefallen, dass immer häufiger Zoonosen entstanden. Das sind Viren, Bakterien oder Parasiten, die plötzlich in der Lage sind, Artgrenzen zu überschreiten, also auch von Tieren auf Menschen zu überspringen – oder umgekehrt. Höchst gefährlich können Zoonosen deshalb sein, weil die infizierten Organismen gegen diese Mutationen noch keine Immunabwehr aufgebaut haben. Öffentlich bekannt geworden war diese Entwicklung erstmals 1997, als die Vogelgrippe (Influenza A H5N1) in verschiedenen Regionen ausbrach. Matthias Martin Becker skizziert im Vorwort der deutschen Ausgabe des Buches „Big farms make us flu“ des US-amerikanischen Evolutionsbiologen und Epidemiologen Rob Wallace die weitere Entwicklung: *„Im Winter 2002/03 entstand ein neues Coronavirus, das das erste Schwere Akute Atemwegssyndrom (Severe Acute*

*Respiratory Syndrom SARS) auslöst. 2009 folgte die Schweinegrippe (Influenza A H1N1), drei Jahre später MERS (Middle East Respiratory Syndrome), ebenfalls ausgelöst durch einen Coronavirus. Neben neuen Erregern greifen böse alte Bekannte wie Ebola- und Zika-Virus mit stärkerer Wucht um sich, auch das Denguefieber, das von Stechmücken übertragen wird. Unter Wild- und Hausschweinen wiederum grassiert seit 2014 die wahrscheinlich größte Tierseuche der Geschichte. Das Virus der Afrikanischen Schweinepest verbreitet sich von Afrika nach Asien, weiter nach China und tötete dort über die Hälfte der Schweine-Population.*² Becker zitiert den ehemaligen Leiter des Global-Influenza-Programms der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der bereits 2004 sagte: *„Nach der Pandemie wird das Schwierigste sein, der Öffentlichkeit zu erklären, warum wir nicht gehandelt haben, obwohl es genügend Warnungen gegeben hatte.“*³

2005 erschien auf englisch und deutsch eine Studie des US-amerikanischen Historikers Mike Davis mit dem Titel *„Vogelgrippe – Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien“*. Davis hatte sich als Autor einer Studie über Megastädte – auf Deutsch: Planet der Slums – einen Namen gemacht. Nun beschrieb er die biologischen und gesellschaftlichen Ursachen für das Entstehen von Zoonosen und die dadurch verursachten Epidemien und deren gesellschaftliche Folgen. Davis fasst seine Forschungsergebnisse zusammen: *„Der springende Punkt der Bedrohung durch die Vogelgrippe ist, wie wir sehen werden, dass eine Influenzamutation albtraumhafter Virulenz – die sich in vom globalen Agrokapitalismus geschaffenen Nischen ausgebildet hat und sich dort verschanzt – derzeit dabei ist, sich ein oder zwei neue Gene zu suchen, die es ihr möglich machen, in pandemischer Geschwindigkeit durch dicht besiedelte Städte mit zunehmend armer Bevölkerung zu ziehen. Ein Schicksal, das weitgehend von uns provoziert worden ist: Von Menschen verursachte ökologische Schocks wie Ferntourismus, Zerstörung von Feuchtgebieten, industrielle ‚Revolution der Massentierhaltung‘ und Verstädterung der Dritten Welt sowie das damit einhergehende Entstehen von Megaslums sind dafür verantwortlich,*

² Becker, Matthias Martin: Covid 19: Eine absehbare Katastrophe mit unabsehbaren Folgen, Über Zoonosen, Fleischproduktion und Ökologische Krise, Vorwort in: Wallace, Rob: Was Covid-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, Köln 2020, S. 8

³ ebd.

dass die außergewöhnliche Mutationsfähigkeit der Influenza dabei ist, sich zu einer der gefährlichsten biologischen Kräfte auf unserem belagerten Planeten zu entwickeln. Die zunehmende Armut in den Städten ist nur ein Grund für die erschreckende Anfälligkeit gegenüber dieser und anderen Krankheiten; dazu kommt noch die Vernachlässigung der Impfstoffentwicklung durch die pharmazeutische Industrie, die Infektionskrankheiten für ‚unprofitabel‘ hält, sowie die Verschlechterung oder gar der Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitsstrukturen in einigen reichen ebenso wie in den armen Ländern.“⁴

Soweit die Literatur aus dem Jahr 2005.

Ausgehend von der Beobachtung, dass ein Großteil der neuartigen Influenzaepidemien in Südchina entstand, analysiert der Historiker die dortigen grundlegenden Umwälzungen in der Massentierhaltung zwischen 1980 und 1990. Für ihn handelt es sich um einen „*Teilaspekt der vollständigen Eroberung der Landwirtschaft durch den Agro-Kapitalismus im großen Maßstab*“, der in Kombination mit der Industrialisierung Südchinas, dem damit einhergehenden Entstehen von Megastädten und der Herausbildung weltweiter Handels- und Personenströme für Entstehung und Verbreitung von Zoonosen ideale Bedingungen schafft.⁵ Es ist bekannt, dass die gigantischen Tierzuchtbetriebe und Schlachthöfe in unmittelbarer Nachbarschaft von dicht besiedelten Städten nicht auf Südchina beschränkt, sondern weltweit tätig sind. Die Folge: In den letzten 20 Jahren kam es in verschiedenen Weltregionen zu verheerenden Ausbrüchen von Vogelgrippe und anderen Epidemien, über die zum Teil in den Medien berichtet wurde. Millionen von Hühnern und Schweinen mussten in China, Thailand, den USA, den Niederlanden, Deutschland und anderen Ländern gekeult werden, um ein weiteres Ausgreifen der Seuchen zu verhindern. Vielfach, darauf weist Davis hin, wurden diese Epidemien aber auch von der Fleischwirtschaft und den jeweiligen Regierungen vertuscht. Covid 19 entstand möglicherweise auf einem Wildtiermarkt in der Millionenstadt Wuhan. Hier wurden die ersten Infizierten registriert. Einige Indizien sprechen aber

⁴ Davis, Mike: Vogelgrippe, Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien, Hamburg 2006, S. 13

⁵ ebd. S. 128

auch dafür, dass es im Zusammenhang mit der Schweinefleischproduktion entstand, denn einige der infizierten Händler auf dem Markt hatten ausschließlich Schweinefleisch im Angebot.⁶ Bei den Wildtierfleischproduzenten handelt es sich nicht um Jäger, die hier und da Wild erlegen oder fangen, und es dann auf lokalen Märkten verkaufen, sondern um kapitalkräftige Unternehmen, die auf Grund der Ausdehnung der industriellen Landwirtschaft gezwungen seien, so der Epidemiologe Rob Williams, „*immer tiefere Waldgebiete zu durchkämmen*“. Dadurch steige die Wahrscheinlichkeit, auf neue Krankheitserreger zu stoßen und gleichzeitig sinke die „*ökologische Komplexität, mit denen die Wälder die Übertragungsketten unterbrechen*“.⁷

Zu den Märkten schreibt Wallace: „*Lebendmärkte (wet Markets) und exotische Nahrungsmittel gehören in China zum Alltag, ebenso wie die industrielle Lebensmittelproduktion. Seit der wirtschaftlichen Liberalisierung nach Mao existieren beide Ernährungsarten nebeneinander. Tatsächlich hängen sie vermittels Landnutzung miteinander zusammen. Die Ausweitung der industriellen Produktion drängt freilebende Tiere, die zunehmend vermarktet werden, in die letzten unberührten Naturräume zurück. Über die Jagd verbreitet sich dann eine größere Bandbreite potentiell pandemischer Krankheitserreger. Periurbane Siedlungen mit zunehmendem Umfang und steigender Bevölkerungsdichte vergrößern die Kontaktfläche zwischen wilden Tierpopulationen und den gerade urbanisierten Gebieten (und damit den Übergang von Krankheitserregern zwischen den Gattungen)*“.⁸

Nach dem Ausbruch der Schweinepest in Afrika und dann auch in China stieg die Nachfrage nach Wildfleisch. In China wurden 2019 rund 130 Millionen Schweine, bis zu einem Drittel des Gesamtbestandes, gekeult.⁹ Neben den Wildtierfleischunternehmen versuchten deutsche Fleischkonzerne die Marktlücke zu schließen. Bereits 2018 gingen 70% der deutschen Fleischprodukte in den Export,

⁶ Wallace, Rob a.a.O. S. 168

⁷ ebd. S. 169

⁸ ebd.

⁹ lunapark 21, Zeitschrift zur Kriktik der globalen Ökonomie, Herbst 2020, S. 16

davon ein Viertel nach China.¹⁰ Durch europäische Agrarsubventionen wurde die Massentierhaltung von Schweinen und Hühnern befördert, die deutsche Regierung und Politiker förderten den Fleischexport nach Kräften. In die Schlagzeilen geriet Exwirtschaftsminister Gabriel, sich beim Tonnies-Fleischkonzern als Berater betätigte und damit einmal mehr die enge Verzahnung zwischen Politik und Fleischindustrie demonstrierte.

Nach dem Ausbruch der Schweinepest auch in Deutschland und der Schließung des chinesischen Marktes für deutsches Schweinefleisch brach auch der hiesige Markt zusammen.

Nicht nur für den Epidemiologen und Evolutionsbiologen Rob Wallace und den Historiker Mike Davis ist klar, dass das verstärkte Auftreten zoonotischer Viren nur verstanden werden kann durch gemeinsame Analysen von Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Fachgebiete: Virologie, Biologie, Ökologie, Geschichte, Soziologie, Medizin, Pharmazie und andern. Allen Beteiligten sei klar, dass es sich beim Kampf gegen die Ursachen für das Entstehen immer rascher entstehender Zoonosen um einen Teil des Kampfes gegen die globale Umweltzerstörung handele und dass die Menschheit vor einem Abgrund stehe. Zu den drängendsten ökologischen und sozioökologischen Problemen zählten sie die Zerstörung der Habitate, den Verlust der biologischen Vielfalt, kollabierende Ökosysteme und neue Krankheiten.¹¹

2.) Warnungen

Wissenschaftler*innen, die seit Jahren das verstärkte Auftreten zoonotischer Krankheitserreger beobachtet hatten, waren vom Ausbruch von Covid-19 2019/20 wenig überrascht. Überraschend war eher, dass etwas Ähnliches nicht früher passiert war. Auch die Bundesregierung war bereits 2006 aktiv geworden und initiierte die „Nationale Forschungsplattform Zoonosen“. Eingebunden waren das Robert-Koch-Institut, zuständig für die Gesundheit der Bevölkerung, das Friedrich-Löffler-Institut, zuständig für Tierseuchen, sowie das für Impfstoffe zuständige Paul-Ehrlich-Institut.

¹⁰ ebd.

¹¹ vgl. Wallace, Rob: a.a.O. S. 117

95 Forschungsprojekte, die sich mit dem Entstehen von Zoonosen befassten, wurden durch das Bundesforschungsministerium gefördert. Das Problem war ebenso bekannt wie Möglichkeiten, der Vorsorge für den Fall immer wahrscheinlicher werdenden Epidemien.

Grundlegende Voraussetzung für die Verhinderung wäre die Beseitigung der ökonomischen und ökologischen Fehlentwicklungen gewesen. Doch dazu fehlte in allen Ländern der politische und ökonomische Wille. Im Gegenteil: Man setzte weiter – nicht zuletzt durch massive staatliche Förderung – auf den Ausbau der industrialisierten Landwirtschaft und Fleischerzeugung und trieb die flächendeckende Zerstörung lebensnotwendiger Ökosysteme weiter voran.

Immer wieder hatten Wissenschaftler auch gefordert, die Gesundheitssysteme aller Länder auf den immer wahrscheinlicher werdenden Ausbruch einer Pandemie vorzubereiten.

Zu Beginn des Jahres 2013 veröffentlichte die Bundesregierung einen „*Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012*“, der durch das Robert-Koch-Institut und andere Bundesbehörden außerdem durch einen Lenkungsausschuss „Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund“ unter Koordination des Bundesinnenministeriums erarbeitet worden war und der Anfang 2013 dem Bundestag per Drucksache zur Kenntnis gegeben wurde.¹² Zwei mögliche Katastrophenszenarien wurden dort beschrieben: mögliche Folgen einer Überschwemmung und die des Ausbruchs einer Pandemie durch einen SARS Virus. Erstaunlich genau wurde das Szenario vorausgesagt, welches wir im Frühjahr 2020 erlebt haben. In der Studie heißt es: „*Die Wahl eines SARS-ähnlichen Virus erfolgte u.a. vor dem Hintergrund, dass die natürliche Variante 2003 sehr unterschiedliche Gesundheitssysteme schnell an ihre Grenzen gebracht hat.*“¹³ Die Ausbrüche von Epidemien verursacht durch SARS-Viren und deren Folgen, waren also zur Kenntnis genommen worden. Erklärungen für gehäufte Ausbrüche in bestimmten Regionen werden nicht gegeben und damit die Ursachenforschung ausgeblendet. Im Papier heißt es: „*Das Auftreten von neuartigen*

¹² Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12051 v. 3.1.2013

¹³ ebd. S. 5

*Erkrankungen ist ein natürliches Ereignis, das immer wieder vorkommen wird. Es ist aber in der Praxis nicht vorhersehbar, welche neuen Infektionskrankheiten auftreten, wo sie vorkommen werden und wann das geschehen wird. Daher ist eine spezifische Prognose nicht möglich.*¹⁴ Das Auftreten neuartiger Erkrankungen, Epidemien und Pandemien – sei es die Pest, die Spanische Grippe, HIV oder das SARS-Virus – waren in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften noch nie einfach nur unerklärliche natürliche Phänomene, sondern hatten immer soziale, ökonomische, ökologische und politische Ursachen. Die Verengung des Blickwinkels durch das Robert Koch Institut und die Ignorierung eines Teils der internationalen interdisziplinären wissenschaftlichen Diskurse machte eine Ursachenbekämpfung unmöglich. Letztlich widerspricht die eigene sehr exakte und realitätsnahe Beschreibung des Verlaufs der Pandemie mit Ausgangspunkt in Südchina der Behauptung, es handele sich um ein „natürliches Ereignis“ und eine spezifische Prognose sei unmöglich.

Anders als andere Forscher stuft das Robert Koch Institut in seiner Risikoanalyse die Eintrittswahrscheinlichkeit einer SARS-Pandemie lediglich in Klasse C als „*bedingt wahrscheinlich*“ ein, d. h. mit ihr sei „*in einem Zeitraum von 100 bis 1000 Jahren*“ zu rechnen.¹⁵ Abgesehen von der großen zeitlichen Schwankung ist das Dumme an Wahrscheinlichkeitsrechnungen, dass sie über den Zeitpunkt der Katastrophe nichts aussagen. Seit der Diskussion um die Nutzung der Atomkraft ist allgemein bekannt, dass der unwahrscheinliche Ernstfall schon heute eintreten kann. Außerdem widerspricht die Häufigkeit des Auftretens von Epidemien seit Ende der 1990er Jahre dieser Einschätzung.

Das Robert Koch Institut beschrieb den Ausbruch der Pandemie zwar sehr genau, schätzte das Virus aber als erheblich gefährlicher ein, als es de facto bislang heute ist und ging daher davon aus, dass die medizinische Versorgung „*bundesweit zusammenbricht*.“ Es führt aus: „*Die personellen und materiellen Kapazitäten reichen nicht aus, um die gewohnte Versorgung aufrecht zu erhalten. Der aktuellen*

¹⁴ ebd. S. 66

¹⁵ ebd. S. 14 u. 56

*Kapazität von 500 000 Krankenhausbetten (reine Bettenzahl, von denen ein Teil bereits von anderen Erkrankten belegt ist, die Bettenzahl ließe sich durch provisorische Maßnahmen leicht erhöhen) stehen im betrachteten Zeitraum (1. Welle) mehr als 4 Millionen Erkrankte gegenüber, die unter normalen Umständen im Krankenhaus behandelt werden müssten. Der überwiegende Teil der Erkrankten kann somit nicht adäquat versorgt werden, so dass die Versorgung der meisten Betroffenen zu Hause erfolgen muss. Notlazarette werden eingerichtet.*¹⁶ Weiter ging das Robert Koch Institut in seinem Szenario davon aus, dass es zu Engpässen sowohl beim medizinischen Personal und als auch bei der Versorgung mit Arzneimitteln, Medizinprodukten, Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln kommt. Insgesamt ging die Behörde von 3 Infektionswellen aus, die sich über drei Jahre erstrecken, ehe ein Impfstoff entwickelt wird.

Das Szenario lag der Bundregierung und dem Bundestag ab Januar 2013 vor, doch die Warnungen blieben unbeachtet. Wie zuvor wurde der Abbau des öffentlichen Gesundheitswesens weiter vorangetrieben. Einige Zahlen: 1971 gab es in Gesamtdeutschland (DDR und BRD zusammen) 4165 Krankenhäuser mit 877.992 Betten, 1991 war diese Zahl auf 2411 Krankenhäuser und 665.565 Betten geschrumpft, von denen 2015 noch 1956 Krankenhäuser und 499.351 Betten übrig geblieben waren. Zwischen 1971 und 2015 wurden also 53% des Krankenhausbestandes und 43,1% des Bettenbestandes abgebaut. Dabei hätte beides erweitert werden müssen, denn die Bevölkerungszahl wuchs in dieser Zeit von 78,3 auf 82,2 Millionen, also um 5% und die Lebenserwartung stieg um etwa 10 Jahre.¹⁷ Übrigens wurde auch das Personal in den Gesundheitsämtern zwischen 2000 und 2014 von 39.000 auf 29.000 reduziert.¹⁸

Wie in Deutschland wurde auch in den meisten anderen Ländern entsprechend der sich durchsetzenden neoliberalen Wirtschaftsdoktrin das öffentliche Gesundheitswesen massiv abgebaut: in sämtlichen Ländern der Europäischen Union,

¹⁶ ebd. S. 73

¹⁷ lunapark 21 a. a. O., Sommer 2020 S. 4 f.

¹⁸ Wolf, Winfried: Die Pandemie ist real – das Versagen der Regierenden ist global, in: lunapark 21 a. a. O. Anmerkung 2, S. 37

in China, Russland, in den USA, wo es – ebenso wie in vielen armen Ländern des Südens – ein funktionierendes Gesundheitssystem für alle nie gegeben hatte.

In Deutschland forderte der Gesundheitsminister noch 2019 die weitere Reduzierung von Krankenhäusern und Notaufnahmestationen. Die sofort bei Ausbruch der Pandemie zu Tage tretenden katastrophalen Zustände in Krankenhäusern und weitgehend privatisierten Altenheimen sind auf die verheerende Vorsorgepolitik von Regierungen und Betreibern zurückzuführen und das vollständige Ignorieren der seit Jahren vorliegenden Warnungen vor einer SARS-Pandemie. Dass in deutschen Krankenhäusern und Altenheimen nicht die gleichen Zustände zu beklagen waren wie in Italien oder Spanien, ist wahrscheinlich einzig dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass hier die Pandemie 14 Tage später ausbrach.

Alle hektisch getroffenen Notmaßnahmen sind Ausdruck des über Jahre angerichteten politisch und wirtschaftlich gewollten Abbaus des Gesundheitswesens. Auch der erneute Teillockdown im November 2020 wird – wie im Frühjahr – mit der Gefahr der Überlastung des Gesundheitswesens begründet – ein erneutes Armutszeugnis für die Regierungspolitik. Warum wurden angesichts der großen Wahrscheinlichkeit weiterer Infektionswellen nicht die Sommermonate genutzt, massiv in den Ausbau der notwendigen Krankenhauskapazitäten zu investieren? Warum wurden die Arbeitsverhältnisse nicht so verbessert, dass neues Personal gewonnen werden kann? Auch der renommierte Virologe Hendrik Streeck, der vor allem den Schutz alter Menschen als Risikogruppe für notwendig hält, kritisiert, dass während des Sommers weder für Heimbewohner noch für die allein in Privatwohnungen Lebenden ausreichende Vorbereitungen auf die zweite Infektionswelle getroffen worden seien.¹⁹

3.) Im Hintergrund: Überproduktionskrise

Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass seit Mitte 2019 eine weltweite Überproduktionskrise zu konstatieren war, die mit der Coronapandemie nichts zu tun hat. und die seit geraumer Zeit prognostiziert worden war. So war etwa der Absatz von Autos bereits 2019 in China massiv eingebrochen. Die Pandemie verschärfte die

¹⁹ Interview mit Hendrik Streeck in: Frankfurter Rundschau-Online 31.10.2020

Situation, wurde aber gleichzeitig – zum Beispiel von deutschen Autokonzernen – dazu genutzt, Produktionskapazitäten abzubauen und Kurzarbeitergeld und andere Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Verschiedene Analysten vergleichen die Krise mit der Weltwirtschaftskrise in Folge des Börsencrashes von 1929 und schließen auch eine Bankenkrise nicht mehr aus. In der öffentlichen Diskussion werden Wirtschaftskrise und Coronapandemie analytisch meist nicht getrennt. Alles wird durcheinander geworfen und es ist nur noch von der „Coronakrise“ die Rede. An dieser Stelle kann aus Zeitgründen nicht weiter auf die Wirtschaftskrise eingegangen werden. Aber bei der Einschätzung der politischen, juristischen, wirtschaftlichen, polizeilichen und militärischen Maßnahmen ist sie im Auge zu behalten.

B. Reaktionen 2020

1.) Verharmlosungen und aufkommende Hektik

Was über Jahre geschehen war, nämlich die Warnungen zahlreicher Wissenschaftler*innen vor einer SARS-Epidemie zu ignorieren, die ihren Ursprung in den Massentierzuchtanstalten, Schlachthöfen und Fleischmärkten in Südchina aber auch in anderen Weltregionen mit ähnlich konzentrierter Fleischproduktion haben könnte, setzte sich selbst Anfang 2020 fort, als die ersten Meldungen von einer in Wuhan ausgebrochenen Epidemie in den Medien verbreitet wurden. Alles schien weit weg zu sein. Erst nachdem sich die Situation in Norditalien zuspitzte und die ersten Kranken in Deutschland registriert worden waren, bildete die Bundesregierung am 25. Februar 2020 unter Leitung des Innen- und des Gesundheitsministeriums einen Krisenstab, um die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 zu koordinieren.²⁰

In der Folge wurden die Überwachungsmaßnahmen an Grenzen, im Bahn- und Flugverkehr verstärkt. Der Gesundheitsminister empfahl am 8. März, Veranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmer*innen abzusagen. In den nächsten Tagen wurden die Grenzkontrollen weiter verstärkt, Einreiseverbote verhängt, größere Versammlungen

²⁰ Chronologie der Ereignisse vom 25.2. bis 15.5.2020 in: Corona-Epidemie: Das CILIP-Tagebuch, Bürgerrechte & Polizei, Cilip 122, Berlin Mai 2020, S. 3-117

verboten. Am 12. März war zu erfahren, dass die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Grundgesetz zivile Gesundheitsbehörden unterstützen will, was nicht nötig gewesen wäre, wenn die Gesundheitsämter nicht in den Jahren zuvor ausgeblutet worden wären. Der nach einer Karnevalsveranstaltung besonders betroffene Kreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen bat als erste Kommune um Unterstützung des Militärs. Die problematische Tatsache dass das Militär Zugriff auf Gesundheitsdaten der Bevölkerung erhält, wird ignoriert. Heute ist die Unterstützung von Gesundheitsämtern durch Soldaten zum Normalfall geworden. Auch in der Region Hannover werden sie eingesetzt. Aber die Militarisierung des Gesundheitswesens war bereits viel weiter vorangeschritten, wie am 17. März bekannt wurde: Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) arbeitete mit den Beschaffungsämtern des Bundesinnenministerium und des Bundesfinanzministeriums zusammen und hatte bereits 33 Verträge mit einem Volumen von etwa 224 Millionen Euro für medizinisches Material vergeben, das weitgehend bis Ende März geliefert werden sollte. Ein „Teil der „*rund 300.000 Schutzmasken und Schutzbrillen*“ war für die Bundespolizei vorgesehen. Weitere Verträge über 113 Millionen Euro wurden über die Generalzolldirektion als Beschaffungsamt des Bundesfinanzministeriums abgewickelt. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums räumte eine „*schwierige Materiallage*“ ein.²¹ In der Tat: In Krankenhäusern und Altenheimen mangelte es an Schutzkleidung jeglicher Art. Auf die lange vorhergesagte Pandemie war niemand vorbereitet. Im Zuge von Privatisierungen und der Durchsetzung eines rücksichtslosen betriebswirtschaftlichen Denkens im Gesundheitswesen war für Schutzkleidung kein Geld ausgegeben worden. Ein Großteil der Ansteckungen und Todesfälle vor allem in Altenheimen und das Wegschließen der Alten hätten ohne diese jahrelange Kürzungspolitik vermieden werden können. Abgesehen von datenschutzrechtlichen Fragen ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern generell rechtlich problematisch. Überhaupt möglich geworden war er erst mit Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 (Art. 35 GG). Es wurde darüber

²¹ ebd. S. 13

diskutiert, ob angesichts der Pandemie der Notstand ausgerufen werden müsse und ob dies in dieser Situation rechtlich überhaupt zulässig sei, da es weder einen Angriff von Außen noch Aktivitäten bewaffneter Aufständischer gab (Innerer Notstand gem. Art. 87 GG). In Absatz 1 des Artikels 35 GG ist geregelt, dass Amtshilfe zwischen Behörden von Bund und Ländern möglich sei – Grundlage für den Einsatz von Soldaten in Gesundheitsämtern. Würde die Bundeswehr unterstützend für die Polizei tätig, dürfte sie laut Interpretation des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag auch hoheitliche Aufgaben übernehmen, aber nur solche, die auch die Polizei durchführen dürfte.²² Sie Soldaten hätten sich dann den Anordnungen der Polizei zu fügen. Im Katastrophennotstand gem. Art. 35, Abs. 2 u. 3 GG könnte die Bundeswehr nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2012 auch militärische Waffen einsetzen. Strittig ist, ob diese Regelung auf eine Pandemie, eine Naturkatastrophe oder ein Unglück überhaupt anwendbar ist. Am 16. März rief Bayern als erstes Land den Katastrophenfall aus und machte damit die Einbindung der Bundeswehr in die Krisenpläne möglich. In Berlin sollte die Bundeswehr beim Aufbau eines Notkrankenhauses mit 1000 Betten helfen und am 18. März wurde bekannt, dass das Bundesverteidigungsministerium ein „Lagezentrum CORONA“ einrichten werde, das unter Leitung der Abteilung „Strategie und Einsatz“ Lagebilder erstellen und alle Maßnahmen koordinieren sollte. Was konservative und rechte Kräfte seit Jahren angestrebt hatten, den Einsatz der Bundeswehr im Innern auch in Friedenszeiten, wurde Realität. Die katastrophalen historischen Erfahrungen mit dem Einsatz von Militär im Inneren während der Weimarer Republik und der maßgebliche Beitrag des Militärs zur Zerstörung der Republik wurden ignoriert. In den nächsten Tagen und Wochen folgten weitere hektische Schritte, um einen Zusammenbruch des unzureichenden Gesundheitswesens zu verhindern. Am 16. März einigten sich Bundesregierung und -länder darauf, Geschäfte, Kultureinrichtungen, Sozialeinrichtungen und anderes weitgehend zu schließen. Es kam zum Teillockdown. Die Produktion lief größtenteils weiter. Die Ansteckungshotspots waren denn auch – neben religiösen Massenveranstaltungen

²² ebd. S. 6

und größeren Privatfeiern – vor allem in der Fleischindustrie, in der Logistikbranche und bei landwirtschaftlichen Saisonarbeiter*innen zu konstatieren. Anfang April wurde aus Niedersachsen und Bremen bekannt, dass Gesundheitsämter Patientendaten an die Polizei weitergaben. Der niedersächsische Datenbeauftragte hielt dies für rechtswidrig. Auch auf Kundendaten, die von Restaurants zur Verfolgung von Ansteckungsketten erhoben werden müssen, greift die Polizei zu. Da viele Menschen nicht möchten, dass Polizei und Militär Zugriff auf ihre persönlichen Kontakte und Krankendaten haben, werden die Listen in Restaurants oft nicht oder falsch ausgefüllt. Die Meldung von möglichen Coronasymptomen, die ja auch Erkältungssymptome sein können, wird möglichst vermieden. Die Angst vor staatlichen Zwangsmaßnahmen und Überwachung kann größer sein als die vor der Krankheit.

2.) Kriegsrhetorik, Hamsterkäufe und „gewünschte Schockwirkung“

Ebenfalls am 16. März verkündete der französische Präsident, dass die Außengrenzen des Schengenraumes für 30 Tage geschlossen werden, die fortan nur noch in Ausnahmefällen passiert werden durften. Der Krieg gegen das Virus müsse von der ganzen Nation geführt und gewonnen werden, ließ Macron wissen und die deutsche Bundeskanzlerin sagte in einer Ansprache am 18. März: *„Deswegen lassen Sie mich sagen: Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst. Seit der deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt.“* Merkel kam weniger martialisch daher als Macron, aber ihre Rhetorik war noch gravierender als die des französischen Präsidenten, was aber fast niemandem aufzufallen schien. Sie beschwor in ihrem Kampf gegen das Virus, die Nation, die nationale Einheit und nicht irgendeinen Krieg, sondern den Zweiten Weltkrieg und behauptete ganz nebenbei auch noch, im Zweiten Weltkrieg sei es in Deutschland auf solidarisches Handeln angekommen. Kriegsgegner und Widerstandskämpfer hatten damals einen anderen Begriff von solidarischem Handeln. Sie verweigerten sich der nationalistischen Logik der einen Vernichtungskrieg führenden Volksgemeinschaft.

Was mit ihnen geschah, ist bekannt. Es sei daran erinnert, dass im Zweiten Weltkrieg 60-80 Millionen Menschen umkamen, Völkermordprogramme in großem Ausmaß realisiert wurden und Teile Europas und Asiens in Trümmern lagen. Beschwörungen von Kriegen, nationalen Notständen und Katastrophen zielten darauf, Angst und Panik zu verbreiten, Emotionen zu schüren. Die Folgen waren sofort spürbar: Hamsterkäufe, die Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes, die Aushebelung von Grundrechten und anderen Teilen des Grundgesetzes, die Stärkung der zentralisierten Exekutive und damit die Unterminierung der Gewaltenteilung. Aber diese Politik trug und trägt weder etwas zum Verständnis des Entstehens und der Ausbreitung des Virus bei noch etwas zum Verständnis der gesellschaftlichen Folgen der Epidemie. Um wirksame und nachhaltige Gegenmaßnahmen gegen dieses Virus und andere absehbare Pandemien zu entwickeln ist aber gerade dies unbedingt nötig. Notwendig wäre es gewesen, ein wissenschaftliches Gremium zu Beratung von Bundes- und Landesregierungen zu konstituieren, in dem Vertreter*innen unterschiedlicher Wissenschaftszweige und Wissenschaftsschulen hätten tätig sein müssen, um Ursachen, Verlauf und die medizinischen, psychosozialen, ökonomischen, juristischen und politischen Folgen der Pandemie einschätzen zu können. Dies geschah nicht. Stattdessen ließ man sich von einigen wenigen Virologen beraten, die über die Ursachen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie nichts oder nur wenig zu sagen wussten, deren Meinungen aber unablässig publiziert wurden. In der Öffentlichkeit wurden Tag für Tag die absoluten Ansteckungszahlen vorgetragen, ohne diese einzuordnen oder einzuschätzen. Diese offensichtliche Einseitigkeit, die auffallenden Widersprüche und Ungereimtheiten, der Abbau der Grundrechte, ausufernde Überwachung und die immer offensichtlicher werden existentiellen Nöte und psychischen Probleme vieler Menschen öffneten den Raum für obskure „Spezialisten und Fachleute“, die vor allem in den sog. sozialen Medien Raum hatten, ihre teils antisemitischen Verschwörungsmymen erfolgreich auszubreiten. Dies wäre bei planvollem Handeln, das auch die gesellschaftlichen Folgen der Maßnahmen mitreflektiert, vermeidbar gewesen.

Häufig konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Panikstimmung von verschiedenen Seiten bewusst geschürt wurde, dass der Gesellschaft eine „Schocktherapie“ verpasst werden sollte – wie sie von der kanadischen Autorin Naomi Klein beschrieben worden war – um Gesellschaft und Verfasstheit eines Landes dauerhaft in Richtung Obrigkeitsstaat zu verändern. Diese Befürchtungen schienen bestätigt zu werden, als Anfang April bekannt wurde, dass vom 19. bis 22. März 2020 im Innenministerium eine „Gruppe von zehn Fachleuten“ getagt habe, die ein Papier erarbeitet hatten mit dem Titel *„Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“*. Beteiligt seien auch Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft und des RWI-Leipzig-Instituts für Wirtschaftsforschung gewesen. Das als „Verschlussache-nur für den Dienstgebrauch“ deklarierte Papier war der Öffentlichkeit zugespielt worden.²³ Die Autoren gingen davon aus, dass Covid-19 bis zu einer Million Toten im Jahr 2020 in Deutschland führen könne. Auf Grund dieser Annahme entwickelten sie ihr Szenario. Zum Vergleich: Bereits am 16. März, drei Tage bevor die „Gruppe von Fachleuten“ ihr geheimes Szenario entwickelten, hatte der Virologe Hendrick Streeck, der die virologischen Untersuchungen in Heinsberg leitete, in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gesagt, dass die Todeszahlen auch in Deutschland steigen würden, *„aber nicht um solch apokalyptisch hohe Zahlen, wie sie zum Teil im Umlauf sind.“*²⁴

Warum wurden Einschätzungen wie die des Virologen Streeck, der die empirischen Untersuchungen an einem Hotspot durchführte von der Arbeitsgruppe im Innenministerium verworfen und nicht berücksichtigt?

Stattdessen heißt es im Papier unter dem Stichwort *„Kommunikation“*: *„Der Worst Case ist mit allen Folgen für die Bevölkerung in Deutschland unmissverständlich, entschlossen und transparent zu verdeutlichen.“* Und unter dem Schlagwort *„Geschlossenheit“*: *„Politik und Bürger müssen als Einheit agieren.“* Unter der Überschrift *„Nachvollziehbarkeit“* ist zu lesen: *„Soziale Kontakte sind für eine bestimmte Zeit auf ein Minimum zu reduzieren (soziale Distanzierung) und ein Ende*

²³ Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen, VS-Nur für den Dienstgebrauch, in: <http://fragedienst.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien/>

²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16.3.2020, Internetausgabe

der Maßnahmen ist von der nachvollziehbaren öffentlichen Wirkung dieser Maßnahmen abhängig zu machen.“ (Fettdruck im Original). Ziel sei „*die Akzeptanz und Sinnhaftigkeit von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen*“ zu erhöhen.²⁵ Unmissverständlich, entschlossen, Einheit von Politik und Bürgern und die Drohung, dass soziale Kontakte erst dann wieder erlaubt sein dürften, wenn sie auch eingehalten würden. Das ist die Sprache des Obrigkeitsstaates und des Militärs, die davon ausgeht, dass es einen demokratisch verfassten Staat oder mündige Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gibt. Danach rechnen die Autoren des Papiers die Kapazitäten des Krankenhauswesens durch und kommen zu dem Schluss, dass über 80% der „*intensivpflichtigen Patienten*“ „*mangels Kapazitäten*“ abgewiesen werden müssen.²⁶ Und unter Kapitel 3 „*Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen*“ offenbaren die Autoren ihr mechanistisches Gesellschaftsbild: „*Die deutsche Volkswirtschaft ist eine Hochleistungsmaschine, die Jahr um Jahr ein hohes Maß an materiellem Wohlstand und allen Bürgern zugänglichen öffentlichen Gütern wie einer umfassenden Gesundheitsversorgung und öffentliche Sicherheit bereitstellt.*“ Dass es sich – um im Bild zu bleiben – um eine Hochleistungsmaschine handelt, in deren Zahnrädern immer mehr Menschen zermalmt werden, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, eine Zwei-Klassen-Medizin zu beobachten ist und die gesellschaftlichen Verwerfungen immer offensichtlicher werden, ignorieren die Autoren. Und ein Stück weiter wird im Falle einer Gehorsamsverweigerung gedroht: „*Falls die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung und Kontrolle der Covid-19-Epidemie nicht greifen, könnte im Sinne einer ‚Kernschmelze‘ das gesamte System in Frage gestellt werden. Es droht, dass dies die Gemeinschaft in einen völlig anderen Grundzustand bis hin zur Anarchie verändert.*“²⁷ Dass sich die Gesellschaft gerade bei Befolgung ihrer Vorschriften und Befehle in einen anderen Grundzustand ändern könnte, scheint den Autoren entweder nicht bewusst zu sein ... oder sie wollen genau dies.

²⁵ Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen, a. a. O. S. 1

²⁶ ebd. S. 4

²⁷ ebd. S. 8

Unter dem Kapitel „*Schlussfolgerungen für Maßnahmen und offene Kommunikation*“ und dem Befehl „*Worst case verdeutlichen!*“, heißt es, man müsse wegkommen von der Kommunikation der reinen Sterbezahlen, denn dies führe eher zur Verharmlosung der Epidemie. Wie bringt man die Menschen zum gehorchen? So:

„Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden:

1) Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Erstickten oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls. Die Bilder aus Italien sind verstörend.“

Um dem Argument zu begegnen, dass Kinder nicht so durch die Epidemie gefährdet sind wie Alte, verweisen sie darauf, dass Kinder eine Gefahr für Ältere darstellen können: *„Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“* Das liest sich wie ein Handbuch der Schwarzen Pädagogik, bei dessen Anwendung die Produktion von angstzerfressenen Psychopathen und Zwangscharakteren sichergestellt ist. Mit so erzogenen Menschen lässt sich jede Diktatur auf Dauer etablieren. Und so nimmt es nicht Wunder, dass auch noch dringend empfohlen wird, auf mögliche Folgeschäden der Infektion hinzuweisen, damit keiner auf die Idee komme, wenn er einmal krank gewesen sei, sei er immun und die Sache für ihn erledigt.²⁸

Und dann offenbaren die Autoren einmal mehr ihr schlichtes, mechanistisches Geschichtsbild: *„Außerdem sollte auch historisch argumentiert werden, nach der mathematischen Formel $2019 = 1919 + 1929$ “*

Das soll bedeuten: Wenn die Leute sich nicht so verhalten, wie die Autoren es wollen, werden die Folgen von Covid-19 so schlimm werden wie die Spanische Grippe aus

²⁸ ebd. S. 13

dem Jahr 1919 und die Weltwirtschaftskrise, die 1929 mit dem Börsencrash begann, zusammen.

Das im Innenministerium erarbeitete Papier, eine Propagandaanleitung zum Verbreiten von Panik, zeigt, dass es im Staatsapparat, in der Politikberatung und in der Wirtschaft Kräfte gibt, die sich eine „Schocktherapie“ wünschen, um die Verfassung und die dort verankerten Grundrechte auszuhebeln und die Verfasstheit der Bundesrepublik grundlegend zu ändern. Soll wieder einmal durch die Abschaffung der Republik die Wirtschaft durch die Krise gerettet werden?

3.) Eingriffe in die persönliche Lebensweise

Wenn man sich Verlautbarungen der Regierung und Presseartikel anschaut, hat man immer wieder den Eindruck, als würde nach dem im Innenministerium erarbeiteten Strategiepapier gehandelt.

Bis vor Kurzem wäre es undenkbar gewesen, dass Eingriffe in die persönliche Lebensweise wie sie staatliche Behörden seit März 2020 durchzusetzen versuchen, möglich wären. Da wird erwachsenen Menschen vorgeschrieben, wie sie sich die Hände zu waschen haben oder dass sie im Supermarkt, auch wenn sie nur Briefmarken oder Kaugummi kaufen wollen, einen Einkaufswagen zu benutzen haben, weil sie ohne diese Hilfe und die vorsichtshalber auch noch auf den Boden geklebten Markierungen nicht in der Lage seien, einen Sicherheitsabstand von 2 Metern einzuhalten. Manche Supermärkte bestanden darauf, dass die Menschen zusätzlich Gummihandschuhe anzogen. Vor den Türen standen Wachleute, die alles kontrollieren. Wer es wegen des Kaugummis oder der Briefmarken vorgezogen hätte ohne den dreckigen Einkaufswagen anfassen zu müssen, den Supermarkt zu betreten wurde angehalten, angeschrieen – gelegentlich auch von übergriffigen Kunden, die sich als Hilfscheryffs aufspielten. Vielfach ging es nicht um Gesundheitsschutz, sondern um die Durchsetzung von Gehorsam. Mündige Bürger*innen wurden zu Deppen degradiert, die man mit paternalistischer Geste erziehen, zu einem gesunden Leben zwingen müsse. Jeder Ansatz von Kritik wurde abgewehrt mit dem aggressiven Verweis, man sei asozial, weil man die Alten sterben lassen wolle. Am

22. März wurden Ansammlungen von mehr als zwei Personen grundsätzlich verboten, drei Tage später das Infektionsschutzgesetz beschlossen mit den bereits erwähnten Grundrechtseinschränkungen. Soziale Kontakte sollten drastisch beschränkt werden und schließlich kam die Maskenpflicht. Über die Sinnhaftigkeit des Mund-Nasen-Schutzes wurde und wird viel und kontrovers gestritten. Bei richtiger Anwendung kann er Infektionen vermeiden, hat aber sozialpsychologische Folgen, die in der Regel nicht reflektiert werden. Die Verdeckung des Gesichtes stellt einen tief greifenden Eingriff in Persönlichkeitsrechte dar, und sie behindert die Kommunikation, deren zentraler Bestandteil die Mimik ist, was wiederum das gesamte das Sozialverhalten grundlegend ändern wird. Andere Menschen sind nicht mehr einzuschätzen, werden als fremd und potentielle Gefahr angesehen. Sie sind nur noch „*Ausscheider*“, so der widerliche Begriff im Infektionsschutzgesetz. Entsolidarisierung, Vereinzelung und Selbsthass sind beinahe zwangsläufige Folgen. Solche Eingriffe werden nur akzeptiert, wenn Angst und Panik im Alltagsleben fest verankert werden. Dass dies erwünscht ist, machte das im Innenministerium erarbeitete Strategiepapier deutlich. Und natürlich waren auch Kontrollen nötig, um die Maßnahmen durchzusetzen. In verschiedenen Städten überprüfte die Polizei, ob in Parks oder auf Bänken zusammen sitzende Menschen, zum selben Haushalt gehörten. In Konstanz (Baden-Württemberg), wo sich Paare aus der Schweiz und aus Deutschland trafen, weil gegenseitige Besuche wegen der Reisebeschränkungen nicht mehr möglich waren, errichtete die Bundespolizei Anfang April 2020 Absperrungen, um „*Händchenhalten, Umarmungen und Küssen*“ zu unterbinden.²⁹ Das Gebot zur „sozialen Distanz“ – oder anders formuliert: das Verbot der sozialen Nähe – sollte unter allen Umständen, gegebenenfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Allein der Begriff „soziale Distanz“ ist doppeldeutig, denn er beinhaltet die räumlich-körperliche Distanzierung ebenso wie die Entsolidarisierung. Da Kontakte im Wesentlichen nur noch innerhalb der Familie oder des Haushaltes erlaubt sein sollten, wurden besonders Alleinwohnende in die Isolation getrieben. In vielen Familien eskalierte – was absehbar war – die Gewalt vor allem gegen Frauen und Kinder und

²⁹ Corona Epidemie: Das CILIP-Tagebuch a. A. O. S. 43

die Zahlen depressiver Menschen nahmen sprunghaft zu. Aber viele Menschen widersetzten sich mehr oder weniger offen der Zerstörung der Kommunikation und des sozialen Lebens. Der italienische Philosoph Franco Berardi zu möglichen gesellschaftlichen Folgen der Restriktionen: *„Die Pandemie markiert einen anthropologischen Zusammenbruch von abgründiger Tiefe. Denken wir an den menschlichsten Akt von allen: den Kuss, die Annäherung der Lippen, das allmähliche und süße Streicheln der Zunge im Mund eines anderen Menschen. Dieser Akt ist zum gefährlichsten und unsozialsten Akt geworden, den man sich vorstellen kann. Welche Auswirkungen wird diese Neuerung auf das kollektive Unbewusste haben? Eine phobische Sensibilisierung für den Körper und die Haut des anderen. Eine Epidemie der Einsamkeit und damit der Depression. Auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet Entfremdung das Ende aller Solidarität. Auf der Ebene des Unbewussten ist sie gleichbedeutend mit der Atombombe. Wir müssen Affektivität, Begehren, Berührungen, Sex neu erfinden, aber ... haben wir die psychische Kraft dazu? Das glaube ich nicht. Aber ich wiederhole es mit Nachdruck: Wir stehen an einer Schwelle, wir können nicht wissen, wie wir aus der Ohnmacht, in der das Unbewusste gefangen ist, herauskommen werden.“*³⁰

4.) Teillockdown und Fortführung der Produktion – Beispiel Fleischindustrie

Zu keinem Zeitpunkt gab es in Deutschland einen kompletten Lockdown. Die Produktion wurde weitgehend aufrechterhalten und auch Handwerksbetriebe, die Bauwirtschaft und der Versandhandel arbeiteten weiter. Tag für Tag fuhren vor allem die ärmeren Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit. „Soziale Distanz“ war und ist im Privatleben gefordert nicht aber am Fließband. Selbst die Fleischwirtschaft produzierte und produziert weiter auf Hochtouren und Schlachthöfe entwickelten sich – wie abzusehen war – in den USA, Kanada, Brasilien, Irland und Deutschland bald zu Corona-Hotspots. Knapp die Hälfte der 25 Corona-Hotspots in den USA waren Schlachthöfe.³¹ Einige Zahlen vom Frühjahr 2020: 412 Infizierte bei

³⁰ Interview mit Franco Berardi in Untergrundblättle v. 22.9.2020, Internetausgabe

³¹ Clausing, Peter: Zahlen und Hotspots bei Covid 19, in: lunapark 21, a. a. O. Heft 50, Sommer 2020, S. 40

Müller-Fleisch in Birkenfeld, 131 bei Vion in Bad Bramstedt, 92 bei Westcrown in Dissen, 268 bei Westfleisch in Coesfeld und 40 in Oer-Erkenschwick, 77 bei Wiesenhof in Bogen und 1700 bei Tönnies in Gütersloh.³² Betroffen waren vor allem Wanderarbeiter aus Osteuropäischen Ländern. Nach kurzen Pausen und kleineren Veränderungen zum Infektionsschutz produzierten die Betriebe weiter. Grundlegende Änderungen stehen nicht zur Debatte. Vor allem der Export von Fleisch soll weiterlaufen. Die Niedersächsische Landesregierung hat im Oktober 2020 kurz vor dem zweiten Teillockdown für Kunst, Kultur und private Kontakte die Samstags- und Sonntagsarbeit in Schlachthöfen zugelassen, um die angesichts der grassierenden Schweinepest unter Druck geratenen industrialisierten Großzuchtbetriebe zu entlasten.³³ Dass die Produktion in Schlachtbetrieben ausgeweitet wird, wo es bis heute immer wieder zu Massenausbrüchen von Coronainfektionen kommt, Kulturveranstaltungen mit Hygienekonzept, wo Hotspots bislang nicht zu beobachten waren, dagegen unterbunden werden, dürfte unter Gesundheitsaspekten nicht mehr nachzuvollziehen sein.

Bereits 2009 hatte der Epidemiologe Rob Wallace festgestellt: *„Die Kosten der Massentierhaltung und der industrialisierten Landwirtschaft werden routinemäßig externalisiert. Schon seit langem ist der Staat gezwungen, die Rechnung für die Folgekosten zu begleichen – darunter die gesundheitlichen Probleme der Beschäftigten, die Verschmutzung der Umgebung, kontaminierte Nahrungsmittel und Schäden für die Transport- und Gesundheitsinfrastrukturen. Nun ist der Staat angesichts der Bedrohung durch die Influenza wieder bereit, die Kosten zu übernehmen, damit die industrielle Landwirtschaft ungestört ihren Geschäften nachgehen kann – diesmal allerdings die Kosten für eine weltweite Pandemie, für die das Agrarbusiness einen Gutteil der Verantwortung trägt. Das Ökonomische Kalkül ist bemerkenswert: die Regierungen der Welt sind gewillt, diese Branche mit einer Milliarde Dollar nach der anderen zu subventionieren, denn sie bezahlen für die Schadensbegrenzung in Form von Impfungen für Tier und Mensch, Tamiflu (ein*

³² Wildcat Nr. 106, Sommer 2020, S.35

³³ Neue Presse v. 28.11.2020

antivirales Medikament, H.B.), und Reinigungsaktionen. Erstaunlicherweise scheint das Establishment bereit zu sein, einen Großteil der weltweiten Produktivität aufs Spiel zu setzen, die katastrophal einbrechen wird, wenn zum Beispiel in Südchina eine tödliche Pandemie ausbrechen wird – von Millionen von Menschenleben einmal ganz abgesehen.“³⁴

C. Ende und Ausblick

Die Folgen der in der Krise betriebenen Politik:

- Umstrukturierung großer Teile des Wirtschaftslebens – Stichwort Homeoffice, was gewerkschaftliche Arbeit erschweren wird,
- Beseitigung demokratischer Strukturen,
- Zerstörung kultureller Infrastruktur.

Die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass repressive Gesetze, die angeblich nur für die Bewältigung einzelner Krisen eingeführt wurden, auf Dauer blieben. Zu erinnern ist an die Kontaktsperregesetze und die Antiterrorgesetze der 1970er Jahre. Zu erinnern ist auch an die Gesetzesverschärfungen und die Ausweitung der Überwachung nach dem 11. September 2001. Seitdem befinden wir uns in einem Zustand ständigen Kriegsführens. Diese Gesetzesänderungen sind geblieben. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass auch die nun eingeführten Änderungen und die Einschränkung und Aushebelung der Grundrechte von Dauer sein werden – zumal das Virus nicht verschwinden und die Wahrscheinlichkeit, dass neue und gefährlichere Erreger in der industrialisierten Landwirtschaft entstehen, immer größer wird.

Wenn es den sozialen Bewegungen und den Ökologiebewegungen nicht gelingt, grundlegende politische und ökonomische Veränderungen herbeizuführen und die zunehmende Isolierung und Verängstigung der Menschen zu überwinden, wird der Marsch in einen paternalistisch-diktatorischen Überwachungsstaat wie er von Rechten und Teilen der „Eliten“ in Wirtschaft, Politik und Sicherheitsapparaten zur

³⁴ Wallace, Rob a. a. O. S. 65

Bewältigung der ökologischen und ökonomischen Krise angestrebt wird, nicht mehr zu stoppen sein.

Hannover, Anfang November 2020